

Mittwoch, 24. September 2008

Pressemitteilung an Lokalmedien Ilm-Kreis

WAZV Arnstadt nunmehr dialogbereit!

„Nach langem Zögern sind nun offenbar die Verantwortlichen des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Arnstadt (WAZV) zum Dialog mit den Bürgern zur Finanzierungsform der Abwasserinvestitionen bereit“, informiert der Arnstädter Stadtrat der LINKEN, Frank Kuschel, der auch Mitglied im Verbraucherbeirat des WAZV ist. Zur jüngsten Verbraucherbeiratssitzung stellte Frank Kuschel Alternativberechnungen des Sprecherrates der Bürgerinitiativen zur Finanzierung der Abwasserinvestitionen des WAZV vor. Während der Zweckverband berechnet hat, dass die Abwassergebühr um bis zu 3,31 EUR pro Kubikmeter steigen würde, wenn im Gegenzug keine Beiträge mehr erhoben werden, haben die Bürgerinitiativen eine maximale Gebührenerhöhung von nur 1,68 EUR pro Kubikmeter errechnet. Doch selbst diese 1,68 EUR pro Kubikmeter sind eher unwahrscheinlich, weil dies voraussetzt, dass der Zweckverband sofort noch alle bis 2034 geplante Investitionen innerhalb eines Jahres realisiert. Dies ist jedoch völlig unrealistisch. Unterstellt, der Zweckverband investiert künftig in gleicher Größenordnung wie bisher, würden dann die möglichen Gebührenerhöhungen bei gleichzeitigem Beitragswegfall weitaus niedriger ausfallen.

Die Vertreter der Bürgerinitiativen im Verbraucherbeirat machten jedoch nochmals deutlich, dass sie nicht um jeden Preis den vollständigen Beitragswegfall anstreben. Vielmehr wollen sie eine Beitragshöhe wie im Ilmenauer Zweckverband erreichen. Dort liegt der Abwasserbeitrag nur bei rund einem Drittel im Vergleich zur Region Arnstadt. „In diesem Fall würde eine mögliche Gebührenerhöhung unter einem Euro pro Kubikmeter liegen“, ist sich Frank Kuschel sicher.

Nun sollen die verschiedenen Berechnungsmodelle in einer Arbeitsgruppe des Zweckverbandes und des Verbraucherbeirates diskutiert werden. Die Arbeitsgruppe soll schließlich den Bürgermeistern in der Verbandsversammlung Vorschläge zu möglichen Reduzierungen der Abwasserbeiträge unterbreiten.

„Es ist vernünftig, dass sich nun endlich die Verbandsverantwortlichen sachlich mit den Vorschlägen der Bürgerinitiativen beschäftigen wollen“, schätzt der Linkspolitiker ein. In der Verbandsversammlung am 10. Oktober 2008 soll hierzu die Diskussion fortgeführt werden. Sollte die Bürgermeister Beitragsreduzierungen zustimmen, könnten sich die laufenden Widerspruchs- und Klageverfahren gegen die Beitragserhebungen in großen Teilen erledigen.

Frank Kuschel
Stadratsmitglied (DIE LINKE.)